



EU-NACHRICHTEN



MELDUNG DER WOCHE 3

50 Jahre Praktikanten: Der Weg auf die Bühne Europas

IM FOKUS 4-5

Krisenmanagement im Finanzsektor

Menschenhandel: Schluss mit der modernen Sklaverei

PANORAMA 8

Klimapolitik: Auch kleine Fortschritte wichtig

AKTUELL

EU-Fonds hilft Druckern

Rund 1200 ehemalige Mitarbeiter der Heidelberger Druckmaschinen AG haben wieder eine Perspektive: Die EU hat 8,3 Millionen Euro aus ihrem Globalisierungsfonds zur Verfügung gestellt. Das Geld soll bei der Arbeitssuche helfen, Weiterbildung ermöglichen und Starthilfe für Existenzgründer geben. Die Wirtschaftskrise hatte die Druckbranche in den Jahren 2008 und 2009 tief in die roten Zahlen rutschen lassen. Weltweit strichen Unternehmen ihre Werbeausgaben zusammen, die Aufträge für die Druckbranche sanken um bis zu 50 Prozent. Die Branche reagierte mit drastischen Kürzungen bei den Investitionen und mit Entlassungen. Die Entlassungen hatten beträchtliche Auswirkungen auf die Beschäftigung in den am stärksten betroffenen Städten: In Heidelberg, Mannheim und Karlsruhe stieg die Arbeitslosenquote von Dezember 2008 bis März 2010 stark an. Der Globalisierungsfonds wurde 2007 eingerichtet. Seitdem gingen 65 Anträge ein. Mit 373,6 Millionen Euro konnte der Fonds europaweit zur Unterstützung von über 70 000 Arbeitskräften beitragen. (vth)

Galileo – das europäische Satelliten-navigationsprogramm setzt gemeinsame Anstrengungen voraus.



Fotos: esa, EU-Kommission

EU-Haushalt

Kommission will Gelder gezielter, flexibel und effektiver einsetzen

Der EU-Haushalt soll künftig flexibler werden. Die eingesetzten Gelder müssen den Zielen eines intelligenten Wachstums im Sinne der Strategie Europa 2020 dienen. Mit ihrer Haushaltsreform will die Kommission erreichen, dass die leidige Diskussion darüber endlich aufhört, wer wie viel einzahlt und wer wie viel herausbekommt.

Knapp 250 Euro pro Europäer gibt die EU über ihren Haushalt pro Jahr aus, insgesamt fast 123 Milliarden Euro. Dafür unterstützt sie die regionale Entwicklung und fördert Forschung und Innovation. Landwirte erhalten Hilfen, hinzu kommen Entwicklungshilfe, Klimaschutz, der Kampf gegen die Finanzkrise und vieles mehr. All diese EU-Ausgaben summieren sich gerade einmal auf rund ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts sämtlicher EU-Länder.

Zwar macht der EU-Haushalt damit nur einen kleinen Teil der öffentlichen Ausgaben aus. Aber wie die berühmte Prise Salz in der Suppe kann auch eine bescheidene Summe vieles bewirken. Die EU-Kommission will jetzt die Re-

geln für den EU-Haushalt so verbessern, dass das Geld noch effizienter ausgegeben wird als bislang. Die Haushaltsplanung soll effizienter und flexibler werden, das Geld soll dorthin fließen, wo es wirklich besser ist, europäisch statt



EU-Kommissar Janusz Lewandowski, zuständig für Haushalt und Finanzplanung

national zu handeln. „Europa und die Welt verändern sich“, sagte der für Haushaltsplanung und Haushalt zuständige Kommissar Janusz Lewandowski. „Wir müssen sicherstellen, dass der EU-Haushalt so gestaltet wird, dass er 500 Millionen europäischen Bürgern dient. Der EU-Haushalt muss dort intervenieren, wo ein Euro auf EU-Ebene mehr Vorteile bringt als ein Euro auf nationaler oder regionaler Ebene.“

Mehr Spielraum

Darum stößt die Kommission jetzt eine Debatte über eine grundsätzliche Haushaltsreform an. Schon für den nächsten Haushalt, der ab 2013 gilt, könnten die neuen Regeln greifen. Bisher ist die Haushaltsplanung langfristig angelegt und dabei recht starr. Gelder zu verschieben, Summen vorzuziehen oder zu strecken, wenn sie an anderer Stelle dringender gebraucht werden, ist bislang sehr schwierig. Das soll sich nun ändern.

Die laufende Haushaltsplanung wurde 2006 auf sieben Jahre ausgelegt, also bis 2013. Bei überraschenden Ereignissen wie

dem rapiden Anstieg der Lebensmittelpreise, dem Tsunami 2004 im Indischen Ozean oder der Finanzkrise waren der EU-Kommission so die Hände gebunden. Sie konnte nicht angemessen schnell reagieren. In Zukunft soll sie mehr Spielraum haben. Vor allem sollen sich die Finanzmittel aus dem EU-Haushalt in Zukunft stärker an den Zielen der Agenda Europa 2020 orientieren und intelligentes Wachstum fördern. Ein Euro auf EU-Ebene bringt zum Beispiel bei großen Forschungsprojekten wie „Galileo“ mehr als auf nationaler Ebene. Das gilt auch für transnationale Infrastrukturprojekte. Nicht selten wird Geld verschwendet, weil in mehreren Ländern parallel am Gleichen geforscht wird. Hier kann viel mehr bewirkt werden, wenn Ausgaben gebündelt werden.

Neue Finanzierungsmodelle

Auch die Finanzierung des EU-Haushaltes soll sich ändern. Derzeit werden rund drei Viertel des Haushaltes von den Mitgliedstaaten überwiesen. Dieser hohe Anteil der nationalen Finanzierung widerspricht dem Sinn der Verträge von Rom und Lissabon.

Daher sollen in Zukunft andere Finanzquellen wichtiger werden. Gedacht ist etwa an spezielle EU-Projektbonds, an eine EU-Finanzsteuer oder Erlöse aus Emissionshandelssystemen.

Damit will die Kommission vor allem ein Ärgernis aller bisherigen Haushaltsdiskussionen angehen: die ewige Frage nach dem „Nettozahler“. Was zahlt ein Land ein, was bekommt es zurück – das soll in Zukunft nicht mehr im Vordergrund stehen. Sondern es geht ausschließlich darum, wo das gemeinsame EU-Geld den größten Nutzen stiftet.

Auch die Strukturpolitik soll künftig stärker an der Strategie Europa 2020 ausgerichtet werden. Künftig sollen die Ausgaben mehr im Sinne eines intelligenten, wissensbasierten Wachstums in der ganzen EU ausgerichtet sein, anstatt lediglich den Einkommensabstand zwischen reichen und armen Regionen zu glätten. Dazu zählt auch der Kampf gegen soziale Ausgrenzung oder Umweltzerstörung und die Schaffung von neuen Jobs. (hb)

→ http://ec.europa.eu/budget/reform/index_en.htm

Fertigung von Computerbauteilen für die Solartechnik

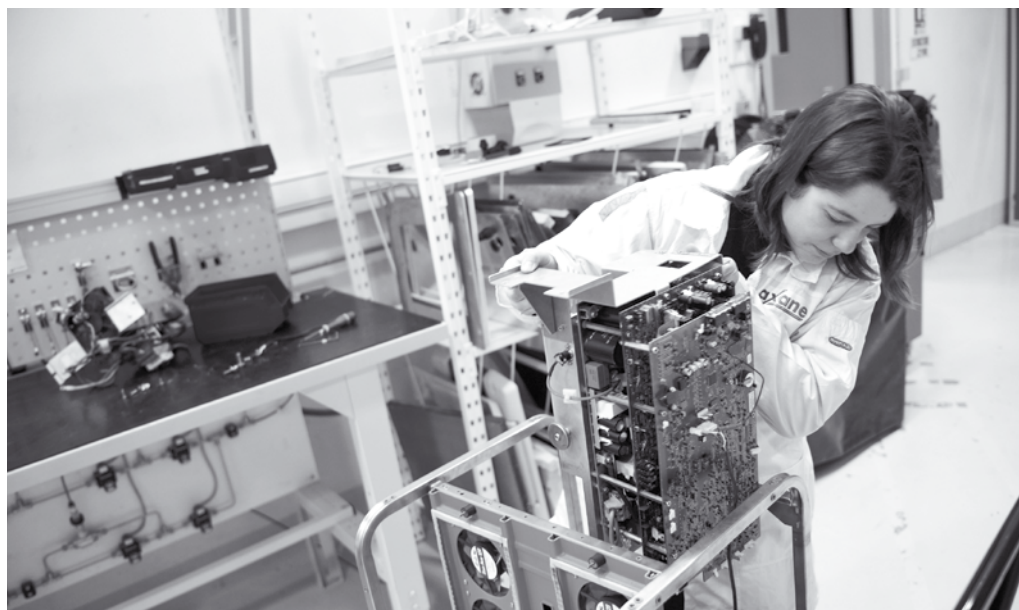


Foto: ap

50 Jahre Praktikantenprogramm

Der Weg auf die Bühne Europas

Kronprinz Felipe von Spanien hat daran teilgenommen, Silvana Koch-Mehrin ebenfalls und auch Viviane Reding begann damit: Das Praktikantenprogramm der EU-Kommission hat schon Vielen den Weg nach Europa gezeigt. Jetzt feiert die Kommission sein 50. Jubiläum. Seit seiner Einführung im Jahr 1960 haben mehr als 40.000 junge Hochschulabsolventinnen und –absolventen ein Praktikum bei der Kommission absolviert. Das Programm ist das älteste seiner Art, und die Anzahl der jährlich angenommenen Bewerber ist die höchste der Welt. Die Praktikanten, oft auch „Stagiaires“ genannt, unterstützen die Beamten der Kommission fünf

Monate lang bei den verschiedensten Aufgaben. 1960, im ersten Jahr des Programms, gab es drei Praktikumsstellen. 1983 waren es schon 500 und heute sind es rund 1.200. Mit 70 Prozent Anteil machen erheblich mehr Frauen als Männer solch ein Praktikum. Am Praktikumsprogramm teilnehmen, kann jeder Hochschulabsolvent, egal aus welchem Land. Ungefähr 90 Prozent kommen aus EU-Ländern. Bei mehr als 14.000 Bewerbungen jährlich sind die 1.200 Praktikumsstellen schwer umkämpft. Praktikumsbeginn ist jeweils am 1. März und 1. Oktober. Bewerbungen müssen sieben Monate vor Beginn eingehen. Erfolgreiche Bewerber erhalten ein monatliches Stipendium in Höhe von 1.067 Euro plus Erstattung der Reisekosten.

→ <http://ec.europa.eu/stages/>

Keine Lebensmittel aus Klontieren

Fleisch, das von geklonten Tieren stammt, soll in der EU nicht mehr verkauft werden. Die EU-Kommission sprach sich in dieser Woche dafür aus, das Klonen von Tieren für die Nahrungsmittelproduktion für zunächst fünf Jahre auszusetzen. Der für Gesundheit und Verbraucher zuständige Kommissar John Dalli zeigte sich überzeugt, dass die Aussetzung eine realistische und durchführbare Lösung ist, den herrschenden Tierschutzbedenken Rechnung zu tragen. Der Kommissar unterstrich, dass das Klonen für andere Verwendungszwecke als die Lebensmittelerzeugung, etwa Forschung, Erhaltung gefährdeter Arten oder Herstellung von Arzneimitteln, von dem Vorschlag nicht betroffen ist. Dänemark ist bisher der einzige Mitgliedstaat, der das Klonen von Tieren für kommerzielle Zwecke verboten hat.

→ www.efsa.europa.eu/EFSA/efsa_locale-1178620753824_1211902019540.htm

Die EU und die Welt

Sieben Prozent der Weltbevölkerung, ein Drittel des globalen Bruttosozialprodukts, größter Warenexporteur und halb so viel CO2-Emissionen pro Kopf wie die USA oder Kanada – das sind Zahlen über die „EU in der Welt“. So heißt eine Broschüre von Eurostat zum Weltstatistiktag. „The EU in the world – a statistical portrait“ zeichnet ein Bild von der EU im Verhältnis zum Rest der Welt, unter Verwendung einer Reihe von europäischen und internationalen Statistiken. Enthalten sind Daten für die EU, die gesamte Welt und speziell die G20 Staaten.

→ <http://ec.europa.eu/eurostat>

Konsultation zur EU-Entwicklungshilfe

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Zukunft der EU-Budgethilfe für Drittländer eröffnet. Budgethilfe ist eine Form der Entwicklungshilfe, bei der der Staatshaushalt der Empfängerländer finanziell unterstützt wird. Auf diese Weise stehen dem Empfängerland mehr Mittel zur Ausführung seines Staatshaushalts nach seinen eigenen Verfahren zur Verfügung. Die Kommission sucht nach Wegen, diese Art der Entwicklungshilfe zu verbessern. Interessierte können ihren Beitrag bis Ende Dezember 2010 über folgende Website einreichen

→ <http://ec.europa.eu/yourvoice/>

EU-Parlament will 20 Wochen Mutterschaftsurlaub

Die Mindestdauer des Mutterschaftsurlaubes in der EU soll von 14 auf 20 Wochen erhöht werden. Für Länder mit einem bereits existierenden familienbezogenen Urlaub soll eine flexible Regelung gelten. Das bedeutet für Deutschland, dass das Elterngeld mit der Dauer des Mutterschaftsurlaubes verrechnet wird. Das beschloss das EP in Erster Lesung. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte außerdem für den Rechtsanspruch auf einen bezahlten Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Arbeitnehmerinnen im Mutterschaftsurlaub voll weiterbezahlt werden müssen. Dem Entwurf muss der EU-Ministerrat noch zustimmen.

→ www.europarl.europa.eu/news/public/default_de.htm



Krisenmanagement im Finanzsektor

Keine Lebensversicherung für Pleite-Banken

Eigentümer und Investoren müssen künftig in die Verantwortung, wenn Banken in Not geraten. Am Mittwoch legte die Kommission dar, wie ein EU-Rahmen für das Krisenmanagement im Finanzsektor aussehen soll.

Für die Rettung von Banken will die EU-Kommission künftig die Eigentümer und Investoren zur Kasse bitten, nicht mehr in erster Linie die Steuerzahler. Binnenmarktkommissar Michel Barnier will es der Bankenaufsicht ermöglichen, Forderungen von Gläubigern gegen Banken im Krisenfall zwangsweise in Aktien umzuwandeln. Dann wären institutionelle Anleger wie Versicherungen oder andere Banken, die bisher meist geschont wurden, mit im Risiko. Überhaupt soll die staatliche Aufsicht nach einheitlichen EU-Regeln direkt in die Geschäfte einer bedrohten Bank eingreifen können. Und das frühzeitig, sobald Gefahren deutlich werden. Die Bankenaufsicht soll zum Beispiel ein Dividendenverbot verhängen können, die Trennung von riskanten Geschäftsbereichen, die Ablösung des Vorstandes anordnen und für begrenzte Zeit (maximal ein Jahr) einen Sonderverwalter einsetzen dürfen. Sie kann vorbeugend von Instituten ein Konzept verlangen, wie sie im Krisenfall umgebaut

oder abgewickelt werden können. Notfalls wird angeordnet, dass eine Bank von einem gesunden Konkurrenten übernommen oder ihr Kerngeschäft in eine Brückenbank übertragen wird, um die Abwicklung zu ermöglichen.

Probleme kann es geben, wenn ein international aufgestelltes Institut in Konkurs zu gehen droht. In einigen Mitgliedsländern, so die Kommission, machen international verflochtene Banken 80 Prozent des Finanzsektors aus. Europa müsse dafür sorgen, dass die Behörden der betroffenen Länder eng zusammenarbeiten. Aufbauend auf den bestehenden Aufsichtsgremien (Gruppen von nationalen Aufsichtsbehörden) sollen bei Bedarf Abwicklungskollegien entstehen, in denen die Aufsichtsbehörden und die für die Abwicklung zuständigen nationalen Behörden zusammenwirken. Die im Januar an den Start gehende Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) soll dabei koordinieren und unterstützen. Banken werden auch

künftig von Schwierigkeiten nicht verschont bleiben, betonte Binnenmarkt- und Dienstleistungskommissar Michel Barnier. „Wir müssen sicherstellen, dass dies nicht das gesamte Finanzsystem ins Wanken bringt oder der Steuerzahler die Kosten tragen muss. Keine Bank sollte für eine Insolvenz zu groß oder zu stark verflochten sein. Aus diesem Grund benötigen wir einen klaren Rahmen, der gewährleistet, dass die Behörden in ganz Europa für den Umgang mit solchen Banken gewappnet sind und mögliche Bankeninsolvenzen geordnet abwickeln.“ Da es noch keine Alternative zu staatlichen Rettungsaktionen gibt, sei das „Moral-Hazard-Risiko“ im System weit verbreitet. Banken und Investoren könnten sich bislang darauf verlassen, notfalls mit Steuergeldern gerettet zu werden. Aus dieser Zwickmühle müsse man heraus, sagte Barnier. (mb)

→ http://ec.europa.eu/internal_market/bank/crisis_management/index_en.htm

18. Oktober: EU-weiter Tag gegen den Menschenhandel

Schluss mit der modernen Sklaverei

Die dreizehnjährige Maria aus einem osteuropäischen Land wurde von ihrer eigenen Familie an einen Mann in Italien verkauft. Sie wurde wiederholt misshandelt und sexuell missbraucht. Nach ihrer Rettung durch die Polizei blieb sie einige Jahre an einem Zufluchtsort und kehrte schließlich wieder zu ihrer Familie zurück - nur um erneut zum Verkauf angeboten zu werden, diesmal nach Großbritannien.

Xi, ein junger Mann, wurde bei regelmäßigen Kontrollen in den Niederlanden in einem Restaurant entdeckt. Er gehört zu den zahlreichen Arbeitskräften ohne gültige Aufenthaltspapiere. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, dass er gezwungen worden war, 13 Stunden pro Tag und sieben Tage

behörde Europol schätzt, dass bisher allein in Europa hunderttausende Menschen dem Menschenhandel zum Opfer gefallen sind. Hinter diesen Zahlen verbergen sich dramatische Schicksale und persönliche Tragödien. Organisierte Verbrecherbanden beuten die ohnehin schon schwächsten Glieder der Gesellschaft, die oftmals Opfer von häuslicher Gewalt, sexuellem Missbrauch und äußerster Armut sind, so aus, dass man nur noch von moderner Sklaverei sprechen kann.

Es ist unsere Pflicht, dieses schreckliche Verbrechen aufs äußerste zu bekämpfen und den Opfern zu helfen. Wir können nur mit vereinten Kräften dem Menschenhandel effektiv entgegenzutreten. Dies gilt für die einzelstaatliche Ebene: Wenn beispielsweise im Zuge einer Arbeitskontrolle ein Opfer des Menschenhandels getroffen wird, muss dieser Fall der Polizei übertragen werden. Soziale Einrichtungen müssen Zufluchtsorte bereitstellen, minderjährige Opfer brauchen ein sicheres Umfeld und sollen die Schule besuchen können.

Es gilt aber auch auf zwischenstaatlicher Ebene: Wir müssen in Europa bei der Bekämpfung dieses grenzüberschreitenden Verbrechens gemeinsam handeln. Der am 18. Oktober begangene Tag gegen

EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström



Menschenhandel gibt uns Gelegenheit, unsere Anstrengungen zu bündeln.

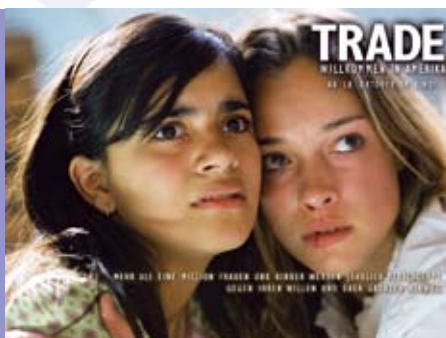
Im Frühjahr habe ich eine neue Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz der Opfer vorgeschlagen. Sie umfasst strafrechtliche Maßnahmen wie die einheitliche Behandlung dieses Verbrechens. Derzeit kann Menschenhandel je nach Verhandlungsort in der EU mit einem Freiheitszug zwischen einem Jahr und 23 Jahren geahndet werden; dies ist schlichtweg unhaltbar. Der Vorschlag enthält auch klare Bestimmungen zum Schutz der Opfer sowie zu medizinischer Betreuung und juristischer Hilfe.

Derzeit beraten das Europäische Parlament und der Rat den Vorschlag. Wir müssen beharrlich weiterarbeiten, denn wir können noch mehr erreichen – etwa bei der engeren Zusammenarbeit mit Drittstaaten oder bei der Verstärkung unserer Anstrengungen gegen die Ausbeutung von Arbeitskräften. Jede einzelne Person, die wir retten können, ist ein Sieg.

Cecilia Malmström
EU-Kommissarin für Inneres

→ http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/malmstrom/index_en.htm

Plakat zu dem Film „Trade“



Fotos: Cinema for peace

die Woche für einen Stundenlohn von 1,50 Euro zu arbeiten.

Eine Gruppe junger Männer ohne gültige Papiere war nach Bedrohung und Misshandlung gezwungen worden, in einem Wohngebiet in Südschweden Bau- und Gartenarbeiten durchzuführen. Als die Grenzpolizei herausfand, wer hinter dem Menschenhandel steckte, stellte sich heraus, dass es sich hierbei um einen Zweig eines großen Schleuserrings mit Sitz in Großbritannien handelte.

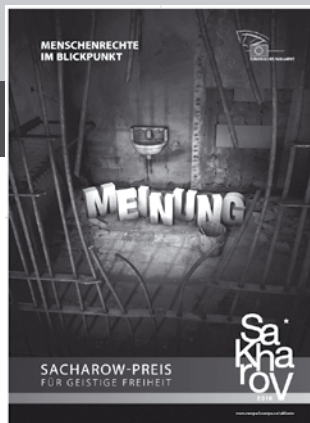
Maria, Xi und die jungen Männer sind nur die Spitze des Eisbergs. Die europäische Strafverfolgungs-

AUSZEICHNUNG

SACHAROW-PREIS

Der kubanische Dissident Guillermo Fariñas ist diesjähriger Sacharow-Preisträger des EU-Parlaments. Der 48-jährige Arzt aus Kuba ist Doktor der Psychologie und hat mit einer Reihe von Hungerstreiks auf den Mangel an Demokratie und Freiheit in seinem Land aufmerksam gemacht. Für sein furchtloses Auftreten hat er über elf Jahre im Gefängnis verbracht. Fariñas hat erst im Juli 2010 nach 135 Tagen einen Hungerstreik beendet, nachdem die kubanische katholische Kirche die Freilassung von 52 eingesperrten Regimekritikern bekannt gegeben hatte. Für das Europa-Parlament ist Fariñas ein „echtes Symbol für den Kampf um Meinungsfreiheit und Demokratie“. Verliehen wird der mit 50 000 Euro dotierte Preis am 15. Dezember in Straßburg.

→ http://europeanfilmawards.eu/en_EN/peopleschoiceaward/vote

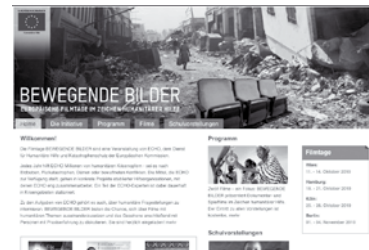


VERANSTALTUNG

BEWEGENDE BILDER

Unter dem Titel „Bewegende Bilder“ lenken die Europäischen Filmtage die Aufmerksamkeit der Kinobesucher auf die humanitären Krisengebiete der Welt. An vier Tagen werden in vier ausgewählten Städten Dokumentar- und Spielfilme gezeigt, die das individuelle Schicksal von Menschen in Krisengebieten beleuchten. Unter anderem sind „Hotel Rwanda“, „Schildkröten können fliegen“ oder „Back Home Tomorrow“ zu sehen. Die Filmtage sind eine Veranstaltung von ECHO, dem Dienst für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der Europäischen Kommission. Nächste Stationen sind Köln (25.-28.10.2010) und Berlin (1.-4.11.2010).

→ www.bewegendebilder.eu



WETTBEWERB

POLYGLOT

Junge Europäer zwischen 18 und 35 Jahren können mit einem Kurzfilm zum Thema Mehrsprachigkeit an dem Videowettbewerb „Polyglot“ teilnehmen. In den Kategorien Dokumentarfilm und Kunstvideo sollen Beiträge von maximal fünf Minuten Länge entstehen. Die achtzehn Gewinner haben die Chance, an einem zweiwöchigen Workshop im Juni 2011 in Turku (Finnland) teilzunehmen, in dem ein „Cine-Boat“-Dokumentarfilm entstehen soll. Sie können außerdem ihre Arbeiten auf dem zweitägigen POLYGLOT Filmfestival vorführen, das die Stadt Turku als Europäische Kulturhauptstadt feiert.

→ www.turku2011.fi/en/polyglot_en

INTERNET

FÜR BLOGGER

Die Webseite THINK:Climate Change ist wieder online. Die Seite ist gedacht für „Blogger“ – Journalisten, Studenten, Schüler –, die im Vorfeld der Weltklimakonferenz (29.11. bis 10.12.) in Cancún (Mexiko) wie vor der Kopenhagener Klimakonferenz ihre Beiträge zum Thema Klimawandel ins Netz stellen möchten. Für die besten Blogs winkt als Preis eine Reise nach Mexiko zur Klimakonferenz. Weitere Preise sind unter anderem Macbooks und Pocket Camcorder. Die Aktion wird von der EU-Kommission unterstützt, das Europäische Journalismus Zentrum betreibt den Blog. Alle Beiträge werden ausschließlich in englischer Sprache veröffentlicht.

→ <http://climatechange.thinkaboutit.eu>



EU-KOMMISSION UNTERWEGS

25.10.2010
28.10.2010

EU-Kommissar **Johannes Hahn**, zuständig für Regionalpolitik, in **Leipzig**
EU-Kommissionsvizepräsident **Antonio Tajani** in **Berlin**

TERMINVORSCHAU BIS 2.11.2010

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
26.10.2010 18.00 Uhr	Podiumsdiskussion „ Festung Europa – Anspruch und Realität europäischer Migrationspolitik “ Veranstalter: EIZ Rostock	Universität Rostock Ulmenstraße 69 18055 Rostock	www.eiz-rostock.de
27.10.2010 11.30 Uhr	Konferenz der Partnerkommunen „ Gelebte Nachbarschaft “ Veranstalter: Euregio Egrensis	Egerland Kulturhaus Fikentscherstraße 24 95615 Marktredwitz	www.euregio-egrensis.de
27.10.2010 13.00 -14.00 Uhr	Vortrag mit Diskussion: „ Die Ukraine und die Europäische Union “ mit Kostyantyn Gryshchenko, Außenminister der Ukraine, Veranstalter: EU-Kommission u.a.	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10 117 Berlin	Anmeldung unter: COMM-REP-BER-ANMELDUNG@ec.europa.eu
27.10.2010 15.00 Uhr	Seminar „ Informationsnachmittag zur EU-Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich IKT “ Veranstalter: Steinbeis-Europa-Zentrum	MFG Baden-Württemberg Breitscheidstraße 4 70174 Stuttgart	www.steinbeis-europa.de
27.10.2010 15.00 -16.30 Uhr	Vortrag mit Diskussion „ Das neue Binnenmarktpaket für Wachstum und sozialen Fortschritt “ Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	Anmeldung unter: COMM-REP-BER_ANMELDUNG@ec.europa.eu
28.10.2010 11.00 Uhr	Podiumsdiskussion „ Anbau von gentechnisch veränderten Organismen – der neue Ansatz der EU “ Veranstalter: Vertretung der EU-Kommission	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	Anmeldung unter COMM-REP-BER-ANMELDUNG@ec.europa.eu
28.10.2010 14.00 Uhr	Mittagsgespräch zur „ Neuen Europäischen Energiestrategie “ Herbert Reul, MdEP Veranstalter: Informationsbüro des EP	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	Anmeldung unter veranstaltungen-berlin@europaparl.europa.eu
28.10.2010 20.00 Uhr	Podiumsdiskussion „ Zu unserem Umgang mit dem Islam - Wie tolerant ist Europa “ Veranstalter: EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	www.europa.bremen.de
31.10-1.11.2010	Konferenz „ Simulation Europäisches Parlament – SIMEP “ Veranstalter: Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.	Deutscher Bundestag Berliner Abgeordnetenhaus 10117 Berlin	www.simep.eu
1.11.2010 14.30 Uhr	Podiumsdiskussion: „ Das soziale Europa – was tut die EU für uns? “ Veranstalter: Europa-Ministerium Hessen, EU-Kommission Bonn, Europe Direct	Europe Direct Relais Badestube 20, 36251 Bad Hersfeld	Tel. Anmeldung unter: 06621/30 18 11
1.11.2010 19.30 Uhr	Hamburg in Europa „ Was bewirken die Hamburger Europaabgeordneten für unsere Stadt? “ Veranstalter: Europa-Union Hamburg	Museum für Kunst u. Gewerbe Steintorplatz 1 20099 Hamburg	info@europa-union-hamburg.de
1.-5.11.2010	Seminar „ Die europäische Integration – warum, mit wem und wie weiter? “ Veranstalter: Georg-von-Vollmar-Akademie	Georg-von-Vollmar-Akademie Schloß Aspenstein 82431 Kochel am See	www.fes.de
2.11.2010 19.00 Uhr	Informationsabend „ Bologna-Prozess “ Veranstalter: EIZ Rostock	Wirtschafts- und SoWi Fak. Campus Ulmenstraße 69 18057 Rostock	www.eiz-rostock.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Vertretung in München:

Erhardtstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Volker Thomas (vth), Uwe Roth (ur), Hubert Beyerle (hb), Michael Bechtel (mb), Franziska Bornefeld (fb), Annette Conradt • Thomas und Roth (GbR) Presse & PR
Bülowstraße 66 Aufgang D3 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 23 21 35 • Fax: 030-21 23 21 37 • info@thomas-ppr.de • www.thomas-ppr.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Haftungsausschluss: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.

Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2010

Kommissarin Hedegaard in Stuttgart

Auch kleine Fortschritte in der Klimapolitik sind wichtig

Trotz komplizierter Vorgespräche zur Klimakonferenz Ende November/Anfang Dezember in Cancún ist EU-Kommissarin Connie Hedegaard vorsichtig optimistisch. Wer aufgibt, hat bereits verloren, ist ihr Motto.

Die für den Klimaschutz zuständige Kommissarin hat am Dienstag in Stuttgart Vertretern aus der Energiewirtschaft über den Stand der Verhandlungen und die Chancen zum Abschluss eines Kyoto-Nachfolgeabkommens berichtet. „Die EU ist vorbereitet!“, betonte sie. Nach dem jüngsten EU-Bericht lagen die Treibhausgasemissionen der EU-15 im Jahr 2008 – dem letzten Jahr, für das vollständige Daten vorlagen – 6,9 Prozent unter den Werten des Basisjahres 1990, obgleich die Wirtschaft im selben Zeitraum um rund 45 Prozent gewachsen ist.

Für die EU-27 als Ganzes sind die Emissionen zwischen 1990 und 2008 um 14,3 Prozent zurückgegangen. Somit gelangt die EU schneller ans Ziel als vorgesehen. Die Mitgliedstaaten der EU hatten sich zum Zeitpunkt der Un-

terzeichnung des Protokolls verpflichtet, ihre kollektiven Treibhausgasemissionen zwischen 2008 und 2012 im Schnitt acht Prozent unter den Wert des Basisjahres 1990 zu senken.

China muss ins Boot

Sollte es im Dezember in Mexiko – wie in Kopenhagen vor einem Jahr – erneut keine Fortschritte in Richtung einer völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarung zur Senkung der Treibhausgase kommen, liegt das nicht an der EU, sagte die Klimakommissarin. Hedegaard erläuterte die komplexe Verhandlungsmaterie am Beispiel Chinas. Bis 2020 werden von dort 30 Prozent der weltweiten Treibhausgase kommen. Somit könne es eine Lösung des Klimawandels ohne China nicht geben. Doch die Regierung der Volksrepublik habe seit Kopenhagen keinen politischen Willen gezeigt, ein internationales Abkommen zu unterschreiben. Gleichzeitig hat China die Investitionen in den Umweltschutz sowie in den Ausbau regenerativer Energien drastisch ausgebaut. 230 Milliarden US-Dollar investiert der Staat in Ökoprogramme. Gemeinsam mit Taiwan betreibt China die weltweit größte Produktion von Solarmodulen. Trotz solcher Zahlen be-



harre China auf seinem Status als Entwicklungsland und profitiere beispielsweise beim so genannten Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung, in Fachkreisen CDM genannt. Danach kann das Land Emissionszertifikate an Industriestaaten veräußern, die in dem Riesenreich in Projekte zur Emissionsvermeidung investieren. Obwohl China inzwischen sehr gut in der Lage sei, solche Projekte allein zu finanzieren, so Hedegaard.

Insgesamt haben alle wichtigen Industriestaaten seit Kopenhagen nationale Ziele vereinbart. Insofern blieben die Klimaschutzverhandlungen auch ohne konkrete Vereinbarungen nicht ohne Wirkungen. Die EU-Staaten dürften keinesfalls ihre Führungsrolle in diesem Prozess verlieren, betonte Hedegaard. Wie es sich gezeigt hat, ist der Klimaschutz auch zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor in der EU geworden, der viele Arbeitsplätze geschaffen hat. (ur)

→ http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/hedegaard/index_en.htm

China holt bei der Produktion von erneuerbaren Energien auf. Hier Montage von Turbinen für ein Windrad in Tianjin.



Fotos: ap, Wolfgang List